

Vorwort

Was hält heute die Gesellschaft zusammen? Wie ist es um die gesellschaftlichen Bindekräfte bestellt? Sind sie im Schwinden begriffen, wie viele glauben? Löst sich der Zusammenhalt der Gesellschaft auf? Solche und ähnliche Fragen häufen sich gegenwärtig in auffälliger Weise. Sie werden nicht nur von jenen gestellt, die immer schon zu wissen glaubten, die seit der Aufklärung aus ihren religiösen Vorgaben gelöste moderne Welt werde einmal im Zerfall oder in der Katastrophe enden. Nicht nur um die Regierbarkeit bangende, besorgte Politiker stellen die Frage und machen sie zum Thema politikberatender Kongresse. Auch in die Sozialwissenschaften ist die Frage nach den Bindekräften der Gesellschaft mit Vehemenz zurückgekehrt. Vier Erfahrungen lassen sich ausmachen, die heute in besonderer Weise die Konjunktur der Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft beflügeln:

(1.) Gesellschaft als feste Größe scheint zu zersterben, nicht nur an den Rändern, sondern bis in ihre Grundstrukturen hinein zu zerbröseln. Von den der Zeit vorausseilenden großstädtischen Ballungszentren her scheint sich das Zusammenleben in ‚Single-Haushalte‘ aufzulösen, ergänzt um zeitweilig zusammenlebende Paare ohne Kinder. Hatte sich die aus den vormodernen Sicherheiten seit dem späten 18. und 19. Jahrhundert herausgefallene moderne Welt gerade um die Familie mit klar geschnittenen Rollen für Mann, Frau und Kinder herum aufs neue stabilisiert, so ist davon zu Beginn des 21. Jahrhunderts wenig übriggeblieben. Um den zweiten großen Lebensanker moderner Lebensführung ist es – aus ganz anderen Gründen – nicht besser bestellt. Die moderne Wirtschaft ist so produktiv geworden, dass ihr buchstäblich die Arbeit ausgeht – zumindest die Arbeit für alle –, vor allem für die weniger Qualifizierten. Damit nicht genug: Gesellschaft scheint sich auch deshalb aufzulösen, weil gerade für die Moderne typische Strukturen immer schwerer auffindbar werden: klar umrissene Klassen mit festen, selbstverständlichen Zuordnungen, gut konturierte Schichten mit schichtenspezifischen Lebensstilen, Großgruppenmilieus mit selbstverständlichen, lebenslangen Zugehörigkeiten – als sozialdemokratischer Arbeiter oder als Katholik zum Beispiel. Wer genauer hinschaut, mag noch einiges von all dem erkennen,

aber mit der Selbstverständlichkeit dieser bislang prägenden Strukturvorgaben ist es offensichtlich heute vorbei. Es hat den Anschein – so lässt sich mit Blick auf die erste Erfahrung resümieren –, dass die Gesellschaft zunehmend in einen Zustand der Verflüssigung übergeht. Was hält sie dann aber noch zusammen?

(2.) Die zweite Erfahrung steht auf den ersten Blick in einem gewissen Kontrast zur ersten: Nicht nur altgewohnte Differenzen haben sich eingeebnet, es sind auch neue entstanden. Sie haben den Charakter von Spaltungen und ziehen Prozesse der Marginalisierung und Ausgrenzung nach sich. Nach langen Jahren der Massenarbeitslosigkeit drohen sich Gräben zu verfestigen zwischen denen, die vor lauter Wohlstandsoptionen nicht so recht wissen, was sie zuerst tun sollen, und jenen, deren Optionen gegen null tendieren. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich in einem Maß, wie es noch vor einigen Jahren nicht denkbar erschien. Verliert der moderne Sozialstaat, diese Frage taucht vor dem Hintergrund der neuen sozialen Spaltungen auf, seine integrierende Kraft? Fällt damit ein zentrales Instrument der Integration einer von Spaltungen bedrohten Gesellschaft dauerhaft aus?

(3.) Dass gerade in Deutschland die Frage nach den Bindekräften so dringlich gestellt wird, kann wohl ohne die Problematik des Vereinigungsprozesses nicht hinreichend begriffen werden. Was vermag die deutsche Gesellschaft, zwölf Jahre unter der Diktatur des Nazi-Regimes und danach vierzig Jahre lang getrennt und in zwei gegnerische Blöcke integriert, zusammenzuhalten? Die volle Teilhabe an Konsum und Wohlstand gestaltet sich schwieriger als versprochen und erhofft. Die Gefahr der Verfestigung unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten für die Mehrheit der Bevölkerung in Ost und West ist nicht von der Hand zu weisen. Der Ausgleich zwischen den Regionen in Deutschland wird zunehmend bis in die offizielle Politik hinein in Frage gestellt. Im Hintergrund macht die Ost-West-Erfahrung unwiderruflich darauf aufmerksam, dass die deutsche Gesellschaft auf die Vorstellung einer religiös-weltanschaulichen Einheit verzichten muss. Gerade in religiös-kirchlichen Fragen kehren sich die Selbstverständlichkeiten und Mehrheiten zwischen West und Ost geradezu um: Sind im Westen nach wie vor vier Fünftel Kirchenmitglieder, sind die Menschen mehrheitlich auf einen Gottesglauben hin ansprechbar und sehen sich in einem wie auch immer gearteten religiösen Bezug, so gilt dies mehrheitlich für die Bevölkerung in Ostdeutschland nicht. Die als normal unterstellte Realität ist die eines – sicherlich toleranten – Traditionsatheismus, der sich offenbar ebenso wenig bzw. schwer beunruhigen lässt wie mancher Traditions Glaube im Westen. Wenn das Christen-

tum, zumindest seine explizite, kirchliche Verfassung, als gesellschaftliches Hintergrundband offenbar ausfällt, was dann?

(4.) Eine vierte, sich gegenwärtig in den Vordergrund drängende Erfahrung kommt hinzu: Die Grenzen der Gesellschaft zerfließen. Der heute in aller Munde befindliche Begriff ‚Gesellschaft‘ ist eine Erfindung der Soziologie, näherhin des französischen Soziologen Emil Durkheim. Welche Realität ist heute mit dem Begriff ‚Gesellschaft‘ angesprochen? Auch ohne den Zusatz ‚deutsche‘, ‚französische‘, ‚englische‘, ‚amerikanische‘ Gesellschaft meinen wir nach wie vor zunächst die jeweilige Nationalgesellschaft. Unter dem Stichwort ‚Globalisierung‘ ballt sich heute mit Nachdruck all das zusammen, was dieses Verständnis von Gesellschaft untergräbt, in Frage stellt, möglicherweise obsolet werden lässt. Lässt sich die Zunahme nationale Grenzen überschreitender Interaktionen noch als Ausweitung des zwischengesellschaftlichen Raums interpretieren, wird es mit der Einordnung der vielen transnationalen Akteure schon schwieriger. Spätestens bei der anwachsenden alltäglichen globalen Kommunikation kommt das herkömmliche Gesellschaftsverständnis aber vollends an seine Grenzen. Was ist überhaupt mit Gesellschaft gemeint? Lässt sich die selbstverständliche Begrenzung auf den nationalgesellschaftlichen Rahmen durchhalten? Müssen wir mit mehreren Gesellschaftsbegriffen gleichzeitig hantieren: Weltgesellschaft – europäische Gesellschaft – deutsche Gesellschaft – westfälische Regionalgesellschaft? Was bedeutet dies für die Frage nach dem Band, dem Zusammenhalt der Gesellschaft?

Es ist klar, dass die Frage nach dem, was heute die Gesellschaft zusammenzuhalten vermag, die christliche Sozialethik nicht unberührt lassen kann. Sie geht davon aus, dass sich die Integrität der Person und die Integration der Gesellschaft wechselseitig durchdringen und bedingen. In einer Welt der Beziehungslosigkeit, der unbegrenzten Konkurrenz, der Gewalt, der gesellschaftlichen Desintegration ist Menschsein im Sinne von Personsein nicht möglich. Ohne die Wahrung eines ‚gemeinen Wohls‘ ist das Einzelwohl nicht zu sichern. Was aber bedeutet dies angesichts der gegenwärtigen Erfahrung von auseinandertreibenden gesellschaftlichen Kräften und Mächten und des mehrfachen ‚Verfließens‘ von Gesellschaft? Bis zum II. Vatikanischen Konzil – und manchmal auch danach – war die Tradition der katholischen Soziallehre geneigt, der modernen Gesellschaftsentwicklung eine eigene Konzeption einer ‚guten Gesellschaft‘ einfach entgegenzustellen. Über die naturrechtliche Begründung ihrer Konzeption machte sie gleichzeitig die Unterstellung, alle Menschen, zumindest alle vernünftigen und alle guten Willens, müssten in ihrem Nachdenken und Suchen zu demselben Ergebnis kommen wie sie selbst. Heute wis-

sen wir, dass diese Vorstellung unzutreffend war und auch dazu diente, die Sonderwelt der Katholiken, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte, mit klaren Grenzen und Vorstellungen auszustatten. Dass so die moderne Welt nur partiell zur Kenntnis zu nehmen war, konnte verborgen und unberücksichtigt bleiben, da es um die Verantwortung für das Ganze gar nicht ging. Heute ist der Beitrag der sozialetischen Tradition der Kirche an eine vielgestaltige Anstrengung gebunden, die folgende Elemente einschließt:

(1.) Das Bemühen um eine unverkürzte Durchdringung und Analyse der sich aufdrängenden Probleme der Menschen und ihres Zusammenlebens. Hier die Frage: Welche Faktoren, welche Entwicklungen treiben die Gesellschaft auseinander? Wo liegen die Gründe dafür? Welche Zusammenhänge sind erkennbar?

(2.) Wie sind – so ist weiter zu fragen – diese Entwicklungen angesichts des eigenen biblischen Zeugnisses und der eigenen Tradition hinsichtlich des Bilds einer ‚guten Gesellschaft‘ zu deuten und zu bewerten? Welche Deutungen und Lösungskonzeptionen werden in der Gesellschaft anderswo, auf anderer Grundlage, diskutiert und entwickelt?

(3.) Welche Vorschläge, Konsequenzen, Handlungsperspektiven haben eine Chance, angesichts der Probleme, der eigenen Deutungen, der Problemsicht und Lösungsvorstellungen der Anderen allgemeine Akzeptanz und Anerkennung zu finden? Welche aus der Problemanalyse und der reflexiven Erinnerung und Vergewisserung der eigenen Tradition gewonnen Beurteilungskriterien und Handlungsperspektiven lassen sich als verallgemeinerungsfähig erweisen?

Der hier vorgelegte 50. Band des Jahrbuchs für Christliche Sozialwissenschaften ist also einer der schlechthin grundlegenden Fragen der Disziplin gewidmet. Die Fragestellung resultiert einerseits aus der Annahme, dass auch in hochgradig ausdifferenzierten Gesellschaften bestimmte Kohäsionskräfte notwendig sind, um diese Gesellschaften vor dem Auseinanderfallen zu bewahren, also um einen gewissen Zusammenhalt zu gewährleisten, und andererseits aus der Wahrnehmung, dass in unserer Gesellschaft insbesondere durch zwei Ursachen eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verzeichnen ist. Die erste Ursache ist die wachsende sozioökonomische Ungleichheit, die zweite Ursache ist die wachsende kulturelle, weltanschauliche oder auch religiöse Pluralisierung. Schon diese grobe Unterscheidung macht deutlich, dass die Antwort auf die Frage „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ differenziert ausfallen muss. Denn während die Strategie gegen soziale Ungleichheit

eine Politik sein muss, die der Ungleichheit entgegenwirkt oder zumindest ihr weiteres Anwachsen verhindert, gibt es für die kulturelle Pluralisierung gute Gründe; sie darf nicht verringert werden, sondern muss politisch gestaltet werden. Auf der Frage, wie diese politische Gestaltung gelingen kann, liegt ein besonderes Augenmerk dieses Jahrbuchs.

Der vorliegende Band bietet Beiträge, die in unterschiedlicher Weise auf verschiedene Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts und seiner Bedrohung eingehen.

Ernst-Ulrich Huster diagnostiziert im ersten Beitrag des Bandes eine wachsende soziale Ungleichheit, und zwar nicht nur im Hinblick auf Einkommen und Vermögen, sondern auch im Hinblick auf Bildung, Ausbildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen sowie insgesamt im Hinblick auf soziokulturelle Teilhabechancen. Als Ursache dafür macht Huster eine auf eine relativ große soziale Ungleichheit setzende ökonomische Strategie aus. Den – vermeintlichen – Widerspruch zwischen ökonomischer Wertschöpfung und sozialer Verteilung könne man nur durch einen Wandel der ökonomischen Strategie lösen, die politisch eingebunden und in der Lage ist, die Ziele kultureller Teilhabe und sozialen Ausgleichs mit der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung zu verbinden.

Marktgemeinschaft und Marktbürger stehen im Mittelpunkt der Überlegungen von *Sabine Frerichs* und *Richard Münch*. Das schwierige Verhältnis von Markt und Moral wird hier gerade zum Ausgangspunkt einer über nationalstaatliche Grenzen ausgreifenden Idee gesellschaftlicher Integration. Die Ablösung territorialer durch funktionale Interdependenzen, die im Rahmen einer erweiterten und vertieften transnationalen Arbeitsteilung im Kontext der globalisierten Wirtschaftsstruktur möglich werde, weise auch den Weg für den Wandel des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Eine offene Netzwerksolidarität könne nämlich die alten, sozialräumlich geprägten Solidargemeinschaften ablösen und in eine grenzüberschreitende (europäische, globale) gesellschaftliche Integration münden.

Einen systemtheoretischen Zugang zur Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts wählt *Axel Bohmeyer*. Er erörtert das Begriffspaar der Inklusion und Exklusion in seiner spezifisch systemtheoretischen Lesart. Obgleich das Begriffspaar bei Luhmann nicht immer kohärent verwendet werde, vielmehr recht unterschiedliche und variierende Bedeutungsdimensionen aufweise, könne es doch im Kontext von Luhmanns soziologischer Systemtheorie so bestimmt werden, dass es für die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts aufschlussreiche und weiterführende

hinweise biete – Bohmeyer zeigt dies exemplarisch am Erziehungssystem.

Walter Lesch geht davon aus, dass es eine gesellschaftliche Dimension der Europäisierung gibt, die zwar nicht von Politik und Wirtschaft zu isolieren ist, die aber einen eigenständigen Beitrag zum ethischen Profil Europas und zur Kohäsion dieses transnationalen Gebildes leistet. Auf dieser zivilgesellschaftlichen Ebene lasse sich eine die nationalstaatlichen Grenzen überschreitende Wertekommunikation beschreiben. Zwar könne man keineswegs von einer vollständigen Harmonisierung der Strukturen und Lebenswelten in Europa ausgehen. Aber gerade auf der Werteebene sei eine Kohärenz in der Bearbeitung gemeinsamer Themen erkennbar, die vor einigen Jahrzehnten noch nicht vorstellbar gewesen sei, und gesellschaftliche Realitäten konstituierten sich über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.

Oliver Hidalgo ist der Auffassung, dass man die Frage, was die Gesellschaft zusammenhält, nur beantworten könne, wenn man eine Vorstellung davon habe, was sie auseinandertreibt. Im Anschluss an Tocqueville beschreibt er das Phänomen des Individualismus in der Demokratie. Tocquevilles Therapievorschlüge zielen auf einen Ausgleich zwischen individuellen Interessen und den Belangen der Gemeinschaft ab und versuche eine fruchtbare Verbindung von Religion und wohlverstandenen Eigennutz herzustellen. Dabei trete ein grundlegendes Problem zutage: Was die Demokratie so dringend zu brauchen scheint, nämlich die Autorität des Glaubens, ist gleichzeitig das, was sie per definitionem ausschließt. Um diese offensichtliche Spannung zu bearbeiten und das komplementäre Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik demonstrieren zu können, greift Hidalgo auf die Vorstellung von einer politischen Theologie zurück – in der Vielgestaltigkeit, die sie im 20. Jahrhundert entfaltet hat.

Den philosophischen Pragmatismus vor allem Richard Rortys und Jeffrey Stoups versucht *Alexander Filipović* für die Fragestellung fruchtbar zu machen. Der Reiz der Pragmatismusrezeption im Rahmen einer christlichen Sozialethik liegt für Filipović dabei vor allem in der vergleichsweise voraussetzungsarmen pragmatistischen Argumentationsform. So könnten sozialetische und politische Standards formuliert werden, ohne auf ein allzu spekulatives normatives Begründungsverfahren zurückgreifen zu müssen; der Ansatz verspreche deshalb nicht nur eine plausible Antwort auf die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern auch eine Bereicherung der christlich-sozialetischen Diskussion insgesamt.

Mit dem Aspekt kultureller Pluralität befasst sich *Christoph Baumgartner*. Er beschreibt zunächst Formen informeller und formeller kulturell bedingter Ausgrenzung und nimmt eine ethische Bewertung dieser Exklusionsformen anhand der dreidimensionalen Gerechtigkeitskonzeption von Nancy Fraser vor. Im Hinblick auf die schwierig zu bewertenden Formen informeller Exklusion differenziert Baumgartner – nun im Anschluss an Andreas Wildt – verschiedene normative ‚Verpflichtungsgrade‘. Dabei führt er unter anderem die Kategorie der ‚bürgerlichen Rechtschaffenheit‘ als für die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts wichtigen Aspekt ein.

In Bezug auf die Frage, welche Rolle Religion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt oder – im Gegenteil – für die Erosion von Gesellschaften spielt, greift *Katja Winkler* auf die beiden jüngst von Martha Nussbaum entwickelten und am Beispiel der indischen bzw. US-amerikanischen Gesellschaft überprüften Thesen (*clash within* und *religious equality*) zurück: Einerseits scheinen es bestimmte Formen politischer Inanspruchnahme religiöser Motive zu sein, die ein enormes Konfliktpotential innerhalb von Gesellschaften entwickeln, andererseits könnte im Rahmen eines Modells gleicher religiöser Freiheit eine reichhaltige Vielfalt religiöser Überzeugungen und Praxisformen den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Freilich sei das Modell gleicher religiöser Freiheit insofern prekär, als ihm stets die politische Instrumentalisierung drohe – nicht zuletzt am Beispiel der USA werde dies deutlich.

Mit Fragen des Zusammenlebens von Menschen und Gruppen mit unterschiedlichen religiösen oder kulturellen Identitäten befasst sich der letzte Beitrag des Bandes von *Christian Spieß*. Das universelle Grundrecht auf Religionsfreiheit biete in demokratischen Rechtsstaaten einerseits den Rahmen für religiöse Überzeugungen und religiöse Praxis, stelle aber alleine kaum eine Möglichkeit bereit, die virulenten Probleme, die in kulturell und religiös pluralen Gesellschaften entstehen, zu lösen. Dazu bedürfe es vielmehr eines normativen Prinzips (und einer Politik) der Toleranz. Während historisch – vor allem: religiöse – Toleranz oft als Gegenmodell zur Religionsfreiheit gefasst wurde, skizziert Spieß den Toleranzbegriff im Rahmen der liberalen politisch-philosophischen Tradition. Toleranz ergänzt demnach die Religionsfreiheit, schützt pluralistische Gemeinwesen vor dem Zerreißen durch weltanschauliche Konflikte und bietet den Religionsgemeinschaften einen ‚Platz im differenzierten Gehäuse der Moderne‘ (Habermas).

Herzliche Glück- und Segenswünsche zu ‚runden Geburtstagen‘ gelten in diesem Jahr den Kollegen Bernhard Fraling zum 80. Geburtstag, Peter Inhoffen und Bruno Schlegelberger zum 75. Geburtstag, Hans Halter zum 70. Geburtstag, Hans Jürgen Münk zum 65. Geburtstag sowie Herbert Schlögel zum 60. Geburtstag.

Mit dem 50. Band verabschieden sich sowohl Christian Spieß als Schriftleiter des Jahrbuchs als auch ich als Herausgeber. Ich möchte an dieser Stelle den beiden Schriftleitern der Bände 41 bis 50 – Hermann-Josef Große Kracht und Christian Spieß – für ihre wertvolle Arbeit und die ausgezeichnete Kooperation herzlich danken. Danken möchte ich auch den am Jahrbuch in den letzten zehn Jahren beteiligten Hilfskräften am ICS, angefangen von Andreas Fisch über Bernd Mussinghoff und Christian Griese bis zu Eva Schröer. Mit dem 51. Band geht die Verantwortung für das Jahrbuch in die Hände von Frau Professorin Dr. Marianne Heimbach-Steins über, die zum 1. Oktober 2009 den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften in Münster übernehmen wird. Nachdem sie bis zum 40. Band die Schriftleitung des Jahrbuchs innehatte, rückt sie nun in die Aufgabe der Gesamtverantwortung ein. Ich wünsche ihr und ihrem Team für ihre Arbeit in den kommenden Jahren Gottes Segen und eine erfolgreiche Weiterentwicklung des Jahrbuchs als dem zentralen Publikationsorgan unserer Disziplin im deutschsprachigen Raum.

Karl Gabriel, im Juli 2009